

## **Beispiele für die extraterritoriale Anwendung der Blockade in EU-Ländern 2019-2023**

Am 15. April 2019 verhängte das US-amerikanische Amt für die Kontrolle ausländischer Vermögenswerte (OFAC) Strafen in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar gegen die Unternehmen des Finanzsektors UniCredit Bank AG (Deutschland), UniCredit Bank Austria (Österreich) und UniCredit Bank SpA (Italien). Diese Institute sollen Überweisungen vorgenommen und damit gegen die Vorschriften der OFAC bezüglich Kuba verstoßen haben.

Am 11. Oktober 2019 erhielt Gabriel Escarrer, Executive VicePresident und CEO von Meliá, eine Mitteilung des US-Außenministeriums, mit der ihm die Einreise in die USA untersagt wurde, weil er am Management zweier kubanischer Hotels in Holguín beteiligt ist, die sich auf einem von den Landbesitzern von Sánchez Hill enteigneten Grundstück befinden. Die US-Behörden gaben ihm 45 Tage Zeit, um von seiner Führungsposition zurückzutreten, seine Anteile zu verkaufen oder eine Entschädigungsvereinbarung mit den Klägern zu treffen.

Am 17. Februar 2021 reichten Odette Blanco Fernández und eine Gruppe von Verwandten, die behaupteten, die Interessen der Gebrüder Blanco Rossel zu vertreten, eine Klage gegen die dänische Reederei A.P. Moller-Maersk Group und ihre US-amerikanischen Tochtergesellschaften Maersk Inc. und Maersk Agency U.S.A Inc. ein. Die Kläger behaupteten, dass

sie eine 70-jährige Konzession für das Unternehmen Marítima Mariel S.A. besäßen und Eigentümer der CompañíaAzucarera Mariel S.A. und des umliegenden Landes seien. Auf dieser Grundlage behaupten die Antragsteller, dass die Antragsgegner mit den beschlagnahmten Grundstücken "illegal Geschäfte gemacht" hätten. Am 30. Juli 2021 reichten dieselben Kläger mit denselben Argumenten eine Klage gegen die französische Reederei CMA CGM S.A. und ihre US-amerikanische Tochtergesellschaft CMA CGM LLC ein.

Im August 2022 wurde bekannt, dass dem zyprischen Geschäftsmann und CEO von Phoenicia sowie seinen beiden minderjährigen Kindern die US-Visa entzogen wurden. Phoenicia vermarktet und vertreibt Habanos Zigarren, eines der Vorzeigeprodukte Kubas.

Im Jahr 2022 wurde die Ausführung eines Vertrags mit der deutschen Westfalen AG über die Einführung des Kapnographen, eines Geräts zur Messung des vom Patienten ausgeatmeten Kohlendioxids, annulliert. Der Lieferant machte geltend, dass er aufgrund der Blockade auf eine schwarze Liste gesetzt werden könnte, was bedeuten würde, dass er von keinem anderen Unternehmen in den Vereinigten Staaten mehr beliefert werden könnte.

Im September 2022 teilte das portugiesische Unternehmen GALP, das Cubana de Aviación mit Treibstoff belieferte, mit, dass es seinen Vertrag mit dem kubanischen Unternehmen nicht verlängern werde, da es sich bei

diesem um ein von der OFAC sanktioniertes Unternehmen handele.

Am 7. Dezember 2022 annullierte die Nordea Bank in Finnland eine Überweisung der Agentur Publicitur aus Havanna über die International Financial Bank (BFI). Dadurch wurde die Zahlung von 12 000 EUR an das Unternehmen

Aurinkomatkat/Suntours Ltd. verhindert.

Die deutsche Firma Brüel & Kjær Vibro GmbH, zu der von unserer Seite die technologische Abhängigkeit der Schwingungsüberwachungssysteme aller thermischen Turbinen der UNE besteht, kommt im Januar 2023 auf Empfehlung ihrer Bank zu dem Schluss aufgrund der Anwendung von Titel III des Helms-Burton-Gesetzes, nicht mehr mit Kuba zusammenzuarbeiten.

Vom 11. bis 15. Januar 2023 gab es Schwierigkeiten bei der Durchführung von Banküberweisungen im Zusammenhang mit Unterkünften und Werbeaktivitäten für das Reiseziel Kuba im Rahmen der Tourismusmesse Utrecht in den Niederlanden.

Am 26. Januar 2023 verweigerte das Unternehmen MACCORP EXACT CHANGE EP. S.A. in Madrid, Spanien, einem kubanischen Diplomaten den Umtausch von US-Dollar. Als Grund wurden die Vorschriften des US-Finanzministeriums bezüglich Kuba angegeben.

Am 31. Januar 2023 beantragte die Peugeot-Tochtergesellschaft in Berlin, Deutschland, die Beendigung eines Leasingvertrags mit der kubanischen

Botschaft in diesem Land aufgrund der Übertragung des Unternehmens an das Konsortium Stellantis and You, das mehrheitlich aus US-Aktionären besteht.

Zwischen Januar und Februar 2023 akzeptierten die Banken Wise Payments Limited, Bank of Scotland und Unicredit Bank Austria AG keine Transaktionen aus Kuba für die Bezahlung von Dienstleistungen, die von den Veranstaltern der Tourismusmessen in Frankfurt und der Messe Wien in Österreich in Rechnung gestellt wurden, wodurch die Möglichkeit der Registrierung und Teilnahme an zukünftigen Messen gefährdet wurde.

Aufgrund der Einstufung Kubas als Staat, der den Terrorismus unterstützt, konnten Staatsangehörige aus Ländern, die das ESTA-System in Anspruch nehmen, das Programm für visumfreies Reisen mit den USA nicht in Anspruch nehmen, sondern mussten offiziell ein Einreisevisum für dieses Land beantragen, wenn sie Kuba nach dem 1. März 2011 besucht hatten. Presseberichten aus mehreren Ländern zufolge warnten die europäischen Regierungen ihre Bürger vor dieser Bestimmung, die in der Praxis einen der wichtigsten Wirtschaftszweige Kubas bedroht: den Tourismus.

### **Zusätzliche Anmerkungen zur Extraterritorialität der Blockade**

Die Auswirkungen der Blockade sind nicht auf die kubanische Realität beschränkt. Durch Druck und die Anwendung antidemokratischer und störender Praktiken versucht Washington, die übrigen Länder und

internationalen Organisationen dazu zu bringen, seine politischen Entscheidungen in Bezug auf Kuba zu befolgen.

Der Cuban Democracy Act oder Torricelli Act (1992) verbietet Tochtergesellschaften von US-Unternehmen in Drittländern den Handel mit Kuba oder kubanischen Staatsangehörigen. Es verbietet Schiffen aus Drittländern, die kubanische Häfen anlaufen, innerhalb von 180 Tagen in das Hoheitsgebiet der USA einzulaufen, es sei denn, sie verfügen über eine Lizenz des Finanzministers.

Mit dem Cuban Liberty and Democratic Solidarity Act oder Helms-Burton Act (1996) wurden die Bestimmungen der Blockade kodifiziert und ihre extraterritoriale Reichweite durch die Verhängung von Sanktionen gegen Führungskräfte ausländischer Unternehmen, die Transaktionen mit verstaatlichtem US-Eigentum in Kuba durchführen, und die Androhung von Klagen vor US-Gerichten erhöht.

Seit seinem Inkrafttreten im Jahr 1996 hat der Cuban Liberty and Democratic Solidarity Act, auch bekannt als Helms-Burton, die extraterritoriale Reichweite der Blockade gegen Kuba verstärkt. Mit diesem Gesetz wurde nicht nur versucht, eine den Interessen Washingtons direkt unterstellte Regierung durchzusetzen, sondern auch die Blockade durch Zwangsmaßnahmen gegen Drittländer zu internationalisieren, um deren Handels- und Investitionsbeziehungen mit Kuba zu behindern und zu unterbrechen.

Sein Titel III gibt ehemaligen Eigentümern von in Kuba verstaatlichtem Eigentum, einschließlich kubanischer

Staatsbürger, die später US-Bürger wurden, die Möglichkeit, vor US-Gerichten natürliche und juristische Personen zu verklagen, die in irgendeiner Weise mit diesem Eigentum in Berührung gekommen sind, was das Gesetz als "Handel" bezeichnet.

Das Helms-Burton-Gesetz hat sich zu einem Mechanismus entwickelt, mit dem die US-Regierung illegalen und brutalen Druck ausübt, nicht nur auf Kuba, sondern auch auf Regierungen und Unternehmen von Drittländern. Seine Ansprüche sind unrechtmäßig und verstoßen gegen die Charta der Vereinten Nationen und das Völkerrecht.

Bis zum 31. März 2023 waren insgesamt 42 Beschwerden nach Titel III eingereicht worden, von denen 5 zurückgezogen wurden und 37 noch anhängig waren.